



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 24. Juni 2014  
(OR. en)**

**11281/14**

**COWEB 71  
ELARG 74**

**BERATUNGSERGEBNISSE**

---

Absender: Generalsekretariat des Rates

vom 24. Juni 2014

Empfänger: Delegationen

---

Nr. Vordok.: 11140/14 COWEB 70 ELARG 72

---

Betr.: ERWEITERUNG UND STABILISIERUNGS- UND  
ASSOZIIERUNGSPROZESS

Schlussfolgerungen des Rates zu Albanien

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Schlussfolgerungen des Rates zu Albanien, die der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) am 24. Juni 2014 angenommen hat, im Hinblick auf ihre Billigung durch den Europäischen Rat auf dessen Tagung am 26./27. Juni 2014.

**RAT (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN)****Schlussfolgerungen des Rates zu Albanien**

1. Der Rat begrüßt im Einklang mit seinen Schlussfolgerungen vom 17. Dezember 2013 den Bericht der Kommission vom 4. Juni und beschließt angesichts der darin enthaltenen Prüfung der weiteren Fortschritte Albaniens, Albanien vorbehaltlich der Bestätigung durch den Europäischen Rat den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen.
2. Der Rat hebt hervor, dass Albanien nach Zuerkennung des Status eines Bewerberlandes sämtliche in dem Bericht der Kommission enthaltenen Empfehlungen entschlossen umsetzen und seine Bemühungen verstärken sollte, um sicherzustellen, dass die Schlüsselprioritäten nachhaltig, umfassend und unter Einbeziehung aller Seiten umgesetzt werden, insbesondere die Reform der öffentlichen Verwaltung und der Justiz, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption, der Schutz der Menschenrechte und Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierung und zur Gewährleistung der Gleichbehandlung – u.a. von Minderheiten – sowie die Verwirklichung von Eigentumsrechten.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, dass Albanien seine Anstrengungen zur Bekämpfung der Korruption verstärkt und seine Strategie und seinen Aktionsplan zur Korruptionsbekämpfung umsetzt, die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden ausbaut und eine solide Bilanz in Bezug auf Ermittlungsverfahren, Strafverfolgung und Verurteilungen in Fällen von Korruption und organisierter Kriminalität aufweist, insbesondere was die organisierte Einwanderungskriminalität, die Verwendung gefälschter Dokumente, Geldwäsche, Drogenanbau und Menschenhandel betrifft. Er unterstreicht zudem, dass Albanien die Unabhängigkeit, Transparenz und Rechenschaftspflicht des Justizwesens verstärken und dabei auch für mehr Rechtssicherheit für die Wirtschaftsbeteiligten sorgen und das Vertrauen der Investoren stärken muss.

3. Der Rat erwartet ferner von Albanien, dass es sich verstärkt um eine zeitnahe Verringerung des Migrationsdrucks auf die EU bemüht, indem es u.a. seine Anstrengungen zur Erfüllung aller Bedingungen des Fahrplans für die Visaliberalisierung fortsetzt und weitere Schritte unternimmt, um das Problem der unbegründeten Asylanträge albanischer Staatsangehöriger anzugehen.

4. Der Rat begrüßt den Fahrplan für die Schlüsselprioritäten, den Albanien angenommen hat, um den anstehenden Reformprozess zu strukturieren und die Umsetzung nachweisen zu können. Er ersucht die Kommission, ausgehend von diesem Fahrplan die Unterstützung für den Reformprozess Albaniens sowie seine Überwachung und Bewertung zu verstärken, auch im Rahmen des Dialogs auf hoher Ebene über die Schlüsselprioritäten und durch enge Absprache mit den Mitgliedstaaten. Dabei sollte sie sich vor allem anhand glaubwürdiger und messbarer Zielvorgaben und Zeitpläne mit zuverlässigen Daten und Statistiken vergewissern, dass konkrete Ergebnisse in allen obengenannten Bereichen erzielt werden. In diesem Zusammenhang ersucht der Rat die Kommission, zusätzlich zum Erweiterungspaket auf Grundlage der Ergebnisse des Dialogs auf hoher Ebene umfassend und detailliert über die von Albanien in den Schlüsselbereichen erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten.
5. Der Rat begrüßt, dass Albanien sein konstruktives Engagement für die regionale Zusammenarbeit und die gutnachbarlichen Beziehungen fortsetzt und sich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU anschließt.
6. Der Rat erklärt erneut, dass ein fortgesetzter und nachhaltiger Dialog über EU-bezogene Reformen zwischen Regierung und Opposition weiterhin ein wichtiger Faktor dafür ist, dass Albanien auf dem Weg zu seiner Integration in die EU vorankommt.

---